

Redebeitrag, „Warm-Up“ zum Ansbacher Ostermarsch 2012

- es gilt das gesprochene Wort -

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

herzlich willkommen zum „Warm-Up“ des Ansbacher Ostermarsches 2012. Begrüßen möchte ich auch die kasernierten Soldatinnen und Soldaten der US-Armee, die uns hinter den Mauern und Stacheldrahtzäunen Katterbachs heute zuhören.

Mein Gruß gilt allen voran dem Standortkommandeur Oberst Kelly Lawler, der, wie diese Woche in der FLZ zu lesen war, ganz neue Einsichten zeigt. „Wir sind hier Gäste“, sagte er im Rahmen einer PR-Aktion, mit der er die Zerstörung dutzender Hektar wertvollen Biotop-Gebiets am Urlas zu verniedlichen versuchte. „Wir sind hier Gäste.“ Welch plötzliche Erkenntnis, 22 Jahre nach Ende des Kalten Krieges und der Wiedererlangung der vollen Souveränität der BRD.

Lawler ist wie alle US-Amerikaner und Besucher, Touristen, Studierende oder Unternehmer aus weiteren Ländern im weltoffenen Ansbach herzlich willkommen. Seine Waffen, seine Stacheldrahtverhaue und seine fliegenden Kriegsmaschinen sind uns allerdings nicht willkommen. Übrigens sollen manche Gäste ein gutes Gespür dafür haben, wann es Zeit ist, zu gehen.

Unsere Kritik gilt nicht in erster Linie den uniformierten Befehlsempfängern in Katterbach und Illesheim. Sie gilt vielmehr den politisch Verantwortlichen, die die US-Armee eingeladen und Freibriefe für nahezu uneingeschränkte Kriegsübungen ausgestellt haben. Nicht die Ansbacherinnen und Ansbacher haben das Militär eingeladen, sondern Ministerialbürokraten in München und Berlin, denen die Gesundheit und Lebensqualität der Menschen im Umfeld der US-Basen völlig egal sind.

Stellvertretend für diese bürgerfernen und bürgerfeindlichen Entscheidungen seien die beiden selbsternannten pentagonalen Klinkenputzer Christian Schmidt und Joachim Herrmann genannt. Der Staatssekretär im Verteidigungsministerium aus Obernzenn war bereits 2006 für die massive Aufrüstung in Ansbach und die Verdopplung der Zahl der Kampfhubschrauber verantwortlich. Der bayerische Innenminister aus Erlangen wiederum ließ es sich Anfang Februar nicht nehmen, in Washington um die Fortsetzung der Belastungen durch Fluglärm und Abgase vor unserer Haustüre zu betteln, obwohl Katterbach schon auf der Streichliste der US-Haushaltspolitiker stand.

Beide wissen sehr genau, dass 110 Kampfhubschrauber in einer 40.000-Ew.-Stadt unvereinbar sind mit der Aufrechterhaltung des Bürgerwohls. Aus ideologischen Gründen werden aber die unvermeidlichen Kollateralschäden unter der Bevölkerung im Umfeld willfährig hingenommen. Für den Innenminister, der sich auch gerne als bayerischer Außenminister geriert, ist es Ausdruck bajuwarischer Staatsraison, dass möglichst viele US-Truppen im Freistaat stationiert sind. Für Christian Schmidt sind Kriegsübungen mit Kampfhubschraubern in Franken unverzichtbar, weil die Bundeswehr im Afghanistan-Krieg über zu wenig solcher Waffen verfüge.

Aus dem Umkehrschluss dieser perfiden Kriegslogik entstehen Zukunftsperspektiven für unsere Region: Die Bundeswehr muss endlich raus aus diesem seit über 10 Jahren andauernden Krieg am Hindukusch, dann braucht sie auch keine US-Hubschrauber mehr zur Unterstützung und muss folglich keine Kriegsübungen mehr in Westmittelfranken dulden.

Denn wir alle wissen: Dieser Krieg, der zehntausenden Zivilisten das Leben gekostet hat, ist nicht zu gewinnen. „Nichts ist gut in Afghanistan“, bewertete Margot Käßmann die Lage. Sie hat Recht, nicht zuletzt deswegen ist auch nichts gut in Katterbach.

Das weiß auch die Stadtratsfraktion der Hubschrauberpartei in Ansbach. Getrieben von der Angst vor weiteren Stimmverlusten bei den nächsten Wahlen, beantragt sie Lärmschutzmaßnahmen von karnevalistischem Ausmaß: Ja, es ist die CSU, die die Absicht hatte, Mauern zu bauen. Schallschutzmauern um Katterbach. Dass dieser Vorstoß praktischer Unsinn ist, war schnell klar. Die CSU räumte dann auch ein, es gehe ihr nur darum, auch einmal Aktivitäten für den Schutz vor Fluglärm zu zeigen. Ich sage: vorzutäuschen.

Die politisch Verantwortlichen für die unerträgliche Situation in Katterbach sind bekannt. Daher gilt im kommenden Jahr: Keine Stimme für eine Partei, die Fluglärm, Abgase und Aufrüstung in Ansbach und Illesheim toleriert.

Keine Stimme für eine Politik, die mittels Facebook-Umfragen mit irreführenden Fragestellungen die vitalen Interessen der Bevölkerung nach dem Schutz ihrer Gesundheit und Lebensqualität mundtot machen will. Ich bin überzeugt davon, dass die Mehrheit der Menschen in unserer Region dem Bürgerwohl den Vorrang vor militärischen Interessen gibt.

Liebe Freundinnen und Freunde,
die Solidarität der schweigenden Mehrheit mit den von den Auswirkungen der Militärpräsenz betroffenen Bürgern ist mehr gefragt denn je.

Es kann nicht sein, dass das US-Militär mit Millionen Steuergelder, etwa bei Uralas-Knoten, Katterbach-Umgehung oder ihrer Steuerfreiheit, subventioniert wird, während die Anwesen von Häuslebesitzern an den Überflugschneisen immer mehr an Wert verlieren.

Es kann nicht sein, dass am größten deutschen Flughafen in Frankfurt ein Nachtflugverbot gilt während die Kampfjets bis nachts um 2 Uhr über unseren Köpfen dröhnen dürfen.

Es ist absurd, dass in Westmittelfranken die einzige deutsche Kurstadt mit einer Militärbasis vor der Haustüre existiert.

Es geht uns alle an, wenn die Stadt Ansbach ambitionierte Klimaschutzkonzepte erstellt während die US-Helikopter jährlich unsere Luft mit soviel Feinstaub verpesten wie 57.000 PKWs zusammen genommen.

Es entbehrt jeder Logik, dass die US-Armee Windkraftanlagen verhindert während unser Land vor der Jahrhundertherausforderung der Energiewende steht.

Es ist nicht hinnehmbar, dass Politiker von Integration reden und gleichzeitig das Entstehen riesiger Parallelwelten hinter Mauern und Stacheldraht dulden.

Liebe Freundinnen und Freunde,
und es ist ein Rücktrittsgrund für Politiker, wenn diese der Auffassung sind, unsere Region hätte keine strukturpolitische Option jenseits des Militärs. Wir lassen uns nicht länger einreden, unsere Region sei hoffnungslos strukturschwach. Wir stehen für eine Abzugsperspektive der Kampfjets. Das ist ebenso gut für die Lebensqualität wie für die wirtschaftliche Entwicklung.

Am heutigen Ostermarsch muss auch an den Zweck dieser Militärbasis erinnert werden. „Zum Zwecke der Landesverteidigung der BRD“ habe der Bund das Gelände der US-Armee überlassen, heißt es. Dieses Ammenmärchen glauben nicht einmal mehr Zehnjährige, umzingelt von Freunden in einem Europa, das in Frieden lebt. Katterbach ist vielmehr ein Sprungbrett für Angriffskriege.

Das war es von Anfang an, als die sog. Legion Condor vor fast auf den Tag genau 75 Jahren, am 26.04.1937, das spanische Gernika in Schutt und Asche bombardierte.

Dieses erste Kriegsverbrechen Nazi-Deutschlands wurde hier in Katterbach vorbereitet. Diese traurige Tradition wird in Ansbach immer noch gerne verdrängt. Bis in die heutigen Tage, an denen Kampfhubschrauber dieser Basis wieder für den Tod unschuldiger Menschen, diesmal im Irak und Afghanistan verantwortlich sind.

In wenigen Wochen werden erneut Soldatinnen und Soldaten von Ansbach aus in den Krieg geschickt. Unsere Gedanken gelten auch ihnen. Wir wünschen, dass sie körperlich und psychisch unversehrt in ihre Heimat zurückkehren dürfen, ohne Blut an ihren Händen.

Liebe Friedensfreundinnen und -freunde,
wir können diesen Krieg nicht beenden. Wir können nur einen kleinen Beitrag dazu leisten, indem dieses Sprungbrett geschlossen wird. Der Kampf für Gesundheit und Lebensqualität ist auch ein Einsatz für die Entmilitarisierung unserer Region. Von Katterbach und Illesheim aus soll kein Krieg mehr ausgehen.

Es ist an der Zeit, die jahrhundertelange Funktion Ansbachs als Militärstadt zu beenden. Unsere Heimat soll in Zukunft Frieden und Völkerverständigung dienen.

Ansbach, 07.04.2012

Boris-André Meyer